



ASIEN/INDIEN - Rechte und Freiheiten für Minderheiten fordern die christlichen Kirchen in einem Memorandum zur Wahl

New Delhi (Fides) – Parteien und Politiker müssen die Werte der säkularen Staatsform, des Pluralismus und des harmonischen Zusammenlebens respektieren und sich für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung insbesondere auch für religiöse Minderheiten einsetzen. Dabei soll das Recht auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung und Arbeit garantiert werden. Dies fordert die ökumenische Föderation der Kirchen des indischen Staates Andra Pradesh mit Blick auf die Wahlen im April und Mai.

Insbesondere wird auch auf die Notwendigkeit der Achtung der Rechte der christlichen Dalit hingewiesen. Dazu soll der Artikel 3 des Verfassungsbeschlusses 1950 abgeschafft werden, den die Autoren des Memorandums als “verfassungswidrig und diskriminierend” bezeichnen. Gefordert werden auch weitere Subventionen für kirchliche Bildungseinrichtungen. Mit Nachdruck fordert die Föderation die Verabschiedung des “Prevention of Communal Violence Act” und des “Prevention of Minorities Atrocities Act”. Beide Gesetzentwürfe wurden bisher weder untersucht noch gebilligt, würden aber nach Ansicht der Kirchen zur Bekämpfung der Gewalt in der indischen Gesellschaft beitragen. Die Kirchen wünschen sich auch christliche Vertreter in den gesetzgebenden Organen und die Zuteilung von mindestens einem Sitz an christliche Minderheiten in den Parlamenten der verschiedenen Staaten, sowie von zwei Sitzen in der unteren Kammer der Föderation. Nicht zuletzt fordern die christlichen Kirchen von der nächsten Regierung die Bereitstellung von Grundstücken für den Bau von Kirchen, Gemeindesälen, Schulen und Friedhöfen. (PA) (Fides 1/04/2014)